

Dringliche Anfrage

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Hannover, den 24.05.2004

Integrationsklassen gefährdet! - Schulpolitik auf dem Rücken der Schwächsten?

Schon heute gibt es viel zu wenig Integrationsklassen, die Kindern mit Behinderungen bzw. mit verschiedenen Beeinträchtigungen eine Beschulung auf den Regelschulen ermöglichen. Dabei gibt es mit den so genannten Integrationsklassen sehr gute Erfahrungen: Die integrierte Beschulung legt bei Kindern mit besonderem Förderbedarf ungeahnte Potenziale frei. Eltern berichten von Lernfortschritten, die selbst Ärzte und Pädagogen kaum für möglich gehalten hätten. Dies kann nur gelingen, weil sich die Kinder mit Beeinträchtigungen ständig an den anderen Kindern orientieren und diesen nacheifern. Aber auch die Kinder ohne gesundheitliche Beeinträchtigungen profitieren von der integrierten Beschulung. Rücksichtnahme, gegenseitiges Helfen, miteinander Lernen, soziales Verhalten, eine Behinderung als etwas ganz Normales zu begreifen - das sind Dinge, die Kinder in Integrationsklassen ganz selbstverständlich ins Leben mitnehmen.

Jetzt hat die Landesregierung über die Bezirksregierungen u. a. der IGS Göttingen-Geismar und der KGS Clenze mitgeteilt, dass die bislang geltende Möglichkeit, Integrationsklassen an Gesamtschulen mit kleineren Klassen - an der unteren Bandbreite - zu führen, aufgehoben werden soll. Auch in Integrationsklassen sollen künftig 30 Schülerinnen und Schüler betreut werden. Damit wird das pädagogische Konzept der Integrationsklassen in Frage gestellt. Lehrkräfte und pädagogische MitarbeiterInnen, die schon bei 22 Kindern in ganz besonderer Weise gefordert sind, werden einer Zerreißprobe ausgesetzt. Der Förderbedarf der Kinder kann in den zu großen Klassen nicht ausreichend erfüllt werden. In der Konsequenz droht die Neueinrichtung von Integrationsklassen zu scheitern.

Viele Eltern wollen, dass ihre Kinder mit Beeinträchtigungen am normalen Schulleben teilnehmen können – genauso wie in der Freizeit und in der Familie. Hier sollen gerade die Schwächsten ausgegliedert werden - nur weil die Rahmenbedingungen eine Integration nicht zulassen. Wenn irgend möglich sollten Kinder mit Behinderungen eine Regelschule besuchen können, wenn Eltern und Kind dies wünschen. So sieht es der § 4 des Niedersächsischen Schulgesetzes vor – Schulpolitik muss die Voraussetzungen dafür schaffen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Warum will sie die Größe für Integrationsklassen an Gesamtschulen heraufsetzen?
2. Welche Auswirkungen auf das pädagogische Konzept und die Zahl der neu einzurichtenden Integrationsklassen erwartet die Landesregierung aufgrund dieser Maßnahme? (In Göttingen, Clenze und landesweit?)
3. Was will die Landesregierung in Zukunft tun, um die Neueinrichtung von Integrationsklassen in der Grundschule, in der Sekundarstufe I und Sekundarstufe II und ganz besonders an Gesamtschulen zu fördern?

Ina Korter

Stellv. Fraktionsvorsitzende

